

WAS ICH VON MEINER HEIMAT WISSEN SOLLTE

Ein schwarz-rot-goldenes Preisrätsel. Bitte kreuzen Sie die richtigen Antworten an. Sie können gar nicht gewinnen. Sie können immer nur verlieren (Ihre Illusionen, falls Sie noch welche haben).

1. Die Geschäfte der deutschen Banken hatten im letzten Jahr einen Umfang von

- a) 400 Milliarden
(etwa so groß wie der gesamte Bundeshaushalt)
- b) 800 Milliarden
(doppelt so groß wie der gesamte Bundeshaushalt)
- c) 8292 Milliarden
(17 mal so groß wie der gesamte Bundeshaushalt)¹

Antwort c) ist richtig.

Zusatzfrage 1: Rechnen Sie aus, wieviele Regierungen und Staaten sich die deutschen Banken von dieser Summe zur Bonner Regierung noch dazukaufen können.

Zusatzfrage 2: Wieviel Prozent des Geschäfts der deutschen Banken entfällt auf Ihr Gehaltskonto? (Runden Sie auf 3 Stellen hinter dem Komma auf.)

2. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank betrug das private Geldvermögen der Haushalte in der Bundesrepublik (also Haushaltsgeld und Sparkonto) im Jahr 1996

- a) 10 Milliarden Mark, gleichmäßig verteilt
- b) 100 Milliarden Mark, das meiste hatten die Zahnärzte
- c) 9500 Milliarden Mark, wobei die untere Hälfte der Haushalte genau 2,4 % dieser Summe besitzen²

Antwort c) ist richtig.

Zusatzfrage: Zwischen 1987 und 1997 stiegen die Aktienkurse um 350 %. Um wieviel ist in dieser Zeit Ihr Lohn gestiegen, und wieviele Aktien der Firma Siemens (vernichtete Arbeitsplätze 1993 bis 1996: 35 000) oder der Firma Thyssen (vernichtete Arbeitsplätze seit 1990: 25 000), oder VW (vernichtete Arbeitsplätze bis Jahresende: 20 000) besitzen Sie eigentlich?

3. Da in dieser Situation auch die Kommunen sparen müssen, hat die Stadt Stuttgart

- a) von 1000 öffentlichen Bedürfnisanstalten trotzdem keine einzige geschlossen, dafür aber die Öffnungszeiten der Stadtbücherei auf täglich eine Stunde gekürzt
- b) nach intensivem Einsatz der SPD-Kommunalpolitiker beschlossen, statt 71 nur 43 öffentliche Bedürfnisanstalten zu schließen und die Öffnungszeiten der Stadtbücherei außerdem zu kürzen

Antwort b) ist richtig. Schließlich: Wenn das öffentliche Bedürfnis abnimmt – wozu soviel Bedürfnisanstalten?

4. In der Bundesrepublik arbeiten im Jahr 1997 Frauen und Männer

- a) einen Monat ihrer gesamten Arbeitszeit ausschließlich für Steuern
- b) zwei Monate ihrer gesamten Arbeitszeit nur für Steuern
- c) fünf Monate ihrer gesamten Arbeitszeit nur für Steuern³

Antwort c) ist wieder richtig.

5. In der Bundesrepublik zahlten die großen Unternehmen wie BMW oder Siemens jährlich

- a) 100 Milliarden Steuern
- b) überhaupt keine Steuern
- c) erhalten eine Steuerrückzahlung

Antwort b) und c) sind richtig: »In Deutschland ist der Rückzug der großen Unternehmen als Steuerzahler besonders deutlich. Der Autokonzern BMW beispielsweise zahlte 1989 noch über 52 Prozent Ertragssteuern auf seinen Bruttogewinn. 1994 und 1995 lag die steuerliche Belastung dagegen weit unter 30 %, nachdem die Münchner 1993 gar eine Steuererstattung bekommen hatten. Ähnlich auch Siemens: Der Weltkonzern zahlte 1995 trotz eines Bruttogewinns von 2,6 Milliarden Mark keinen Pfennig Ertragssteuern in Deutschland.«⁴

¹ Metall 5/97 ² Blätter für deutsche und internationale Politik 1/96 ³ Neues Deutschland, 26.3.97 ⁴ Die Zeit 14/97

Hammelburger Sex, Lügen und Videos

Hundert deutsche Frauen vor den albanischen Untermenschen gerettet, am helllichten Tag mit Kampfhubschraubern zack! rein nach Tirana, und ab damit, fabelhafte Aktion war das von unseren Jungs. Der Kommandeur der ganzen Aktion, Oberst Glawatz, meldet der Frontzeitung »Bild am Sonntag« mit bescheidenem Stolz: »Ich schoß als erster!« (BamS 16.3.97)

Schneidig geplant und schneidig durchgezogen, kann

man nicht anders sagen. Die Entscheidung haben der Bundeskanzler und, immerhin, zwei ganze deutsche Minister im Alleingang getroffen, erklärt Minister Rühle nach dem Blitzeinsatz, »die Fraktionsvorsitzenden haben wir nur informiert. Ich habe zum Beispiel niemanden gebeten, sich zustimmend oder ablehnend zu äußern.« (Deutscher Bundestag, 20.3.97) Daß nach der Verfassung der Bundestag einem solchen Einsatz vorher zustimmen muß, daß nach dem Völker-

recht die Regierung Albanien, die der Bundesrepublik ja nicht den Krieg erklärt hat, gefragt werden muß – alles Zivilistengewäsch.

Wenn die Oberen als erste schießen, dann dürfen die Unteren nicht in der Deckung bleiben. »Ich schoß als erster«, »Ich folterte als erster«, »Ich exekutierte als erster«, »Ich vergewaltigte als erster« – in Hammelburg, wo die Bundeswehrmacht für Bosnien übt, haben Soldaten ein Video gedreht, das zwar keinen Titel, aber dafür einen um so eindeutigeren Inhalt hat:

»In einem Bundeswehrezelt liegt ein als Frau verkleideter Soldat auf dem Rücken, ein Mann in Uniform vergeht sich an dem Opfer. Draußen warten Soldaten, eine Stimme ertönt: ›Die Schlange ist lang. Alle Soldaten wollen auf eine Frau. Die Wartezeit überbrücken die Jungs mit einer warmen Mahlzeit.« (Spiegel 29/97)

O Gott wie geschmacklos. Pflichtgemäße Empörung bei den Leitartiklern, volle drei Tage anhaltend, anschließend erläutert der zuständige Oberstaatsanwalt Bäuner die großdeutsche Rechtslage, derzufolge »die bekanntgewordenen ›Trockenübungen‹ zwar äußerst geschmacklos seien, aber nicht strafbar« sind. (Augsburger Zeitung, 8.7.97) Im übrigen werden die Wehrpflichtigen dadurch bestraft, daß sie ab sofort nicht mehr zu Wehrübungen einrücken müssen.

Man bestellte ein Filet, und der Unmensch von Metzger ermordete ein Kalb! B. Brecht

Natürlich wissen die Leitartikel genau, daß das Video zu Ausbildungszwecken ein Jahr lang ausgiebig auf stimungsvollen Kameradschaftsabenden vorgezeigt worden ist. Sie wissen genau: »Bei aller berechtigten Empörung über die geschmacklosen Entgleisungen – eines blieb unberücksichtigt: Zwischen dumpfen Soldatenphantasien und kontrollierter Übung für den Ernstfall liegen manchmal womöglich nur ein paar Dosen Bier. Überzeugende Darsteller

wüster Kerle sind im offiziellen Ausbildungsprogramm in Hammelburg ausdrücklich erwünscht.« (Spiegel 29/97)

Sie wissen genau, wo die einschlägigen Drehbücher für Hammelburger Videos wirklich stehen – im offiziellen Bundeswehrorgan »Truppenpraxis/Wehrausbildung« zum Beispiel. Da schreibt ein Oberstleutnant Reinhard Herden unter der Überschrift »Die neue Herausforderung – das Wesen künftiger Konflikte« u.a. Folgendes:

»Sind die Menschen wirklich die Geschöpfe, so wie Rousseau sie sah und die Benetton-Reklame sie sieht, die nur auf den Zusammenbruch böser Staaten warten, um ihre Friedensliebe und Güte zeigen zu können? Oder sind sie blutrünstige Bestien, die sich nur widerwillig in eine Zivilisation einordnen, weil die Alternative die gegenseitige Vernichtung und Anarchie ist? Sind Deutschland und die Bundeswehr wirklich mit aller Konsequenz bereit, sich auf Gegner einzulassen, die nichts zu verlieren haben? Sie werden auf einen Gegner treffen, der Gefallen am Töten gefunden hat, der sich nicht rational verhält (sein Verhalten entspricht zumindest nicht dem westlichen Verständnis von Rationalität), der zu unbeschreiblichen Greueltaten fähig ist und seine Landsleute opfert, um zu überleben. Verrot ist ihm zur zweiten Natur geworden... Darum dürfen irgendwelche Vorschriften den deutschen Soldaten nicht davon abhalten, diesem Krieger angemessen zu begegnen... Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.« (Zit. nach O. Köhler: Das Spiel spielen, in: Konkret 4/97)

Hammelburg von der Maas bis an die Memel. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« bläst die Posaune dazu:

»die Geschichte hat ihre Herrschaft in der Wahrnehmung und Beurteilung militärischer Gewalt verloren« (FAZ, 18.3.97) Und deshalb:

»Schon lange nicht mehr war die Stimmung in der deutschen Rüstungsindustrie so optimistisch.« (Wehrtechnik, Nov. 95) Verständlich.

Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer fahren

Nimm an, du schaffst es, von deinem Lohn monatlich ein paar Mark zu sparen, einen Notgroschen für deine alten Tage. Wie du dein Ersparnis abheben willst, erklärt der Filialleiter dir, daß – wer ahnt denn sowas! – der Kassier mit den Spareinlagen stiftet gegangen ist. Als du später erfährst, der Filialleiter hätte mit dem Kassier unter einer Decke gesteckt, und beide bräunen sich jetzt, auf deine Kosten, den Arsch in der Karibik, da kannst du nicht mehr an dich halten und brüllst Betrüger! und Räuber!, so daß jeder es hören kann, und falls du immer noch was zum Sparen hast, wechselst du spätestens jetzt die Sparkasse.

In Wirklichkeit schaffst du den Notgroschen für deine alten Tage natürlich nicht auf eine beliebige Sparkasse, sondern auf die staatliche Rentenkasse, das geht ohnehin automatisch vom Lohn ab. In Wirklichkeit erfährst du eines schönen Morgens, daß – wer ahnt denn sowas! – in der Rentenkasse nicht mehr viel übrig ist, und die Renten deshalb gekürzt werden müssen, dieses Mal endgültig auf das Niveau der

christlichen Wärmestube. Aber du hältst brav an dich, du brüllst nicht Betrüger! und Räuber!, daß jeder es hören kann, und du wechselst auch die Regierung nicht wie irgendeine beliebige Sparkasse. Denn in Wirklichkeit ist ja alles anders: Kohl ist nicht Filialleiter und Blüm nicht sein Kassier, der Wolfgangsee ist nicht die Karibik und der Rentenklau kein Raub, sondern, man muß nur genau hinschauen: eine Reform.

So ist es auch nicht? Wo sind unsere Rentengelder in Wirklichkeit geblieben?

Die Rentenkassen – Selbstbedienungsladen für Banken und Bosse

Unseren Urgroßvätern hat Bismarck ihre eigenen und nur von ihnen verwalteten Arbeiter-Hilfskassen weggenommen. Er hat sie gezwungen, ihren Notgroschen dem Staat »zu treuen Händen« zur Aufbewahrung zu geben und dieses grandiose System »staatliche Sozialversicherung« genannt.

Daß seither die Arbeitgeber »ihren« Rentenanteil an den Staat abführen, ändert nichts daran, daß Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil der Rentenbeiträge zusammen vorenthaltener Lohn sind – erarbeitet, verdient und bezahlt vom Arbeiter und keine milde Gabe vom Staat oder Kapital. Mit der staatlichen Rentenzahlung tritt an die Stelle der einfachen Sorge um das eigene Arbeiterleben das vaterländische Interesse. Das ist ein höheres Interesse und es stinkt nach Schlachthof: Zweimal in diesem Jahrhundert hat das Vater-

land die Rentenkassen, die ihm zu treuen Händen übergeben waren, bis auf den letzten Pfennig geplündert, in zwei Weltkriegen sind die Renten in Pulverdampf aufgegangen. Zum Siegen hat es Gottseidank nie gereicht. Wer vom Schlachten heimkehrte, der stellte fest, daß er nicht nur einen Arm, ein Bein und das halbe Hirn, sondern auch die ganze Rente fürs Vaterland drangegeben hatte. Das war die Geburtsstunde des »Bundeszuschusses zur Rentenversicherung«. Damit füllt Bonn bis heute die von Hitler leer ge-

Ça ira – Der französische Weg

Die Sozialistische und die Kommunistische Partei Frankreichs haben die Wahl gewonnen, zu der sie mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm angetreten sind. Für alle die es angeht, hier Auszüge aus diesem Programm im Wortlaut:

Das Motto:

»Gemeinsam verweigern wir uns dem Aufruf an unser Volk, neue Opfer zu bringen.«

Die Situation:

»... Die Zahl der Entlassungen nimmt zu, die Rationalisierungswellen schwächen das soziale Gefüge, und die Arbeitslosigkeit verschlimmert sich. Die Nachfrage ist wie gelähmt, Wachstum will sich nicht einstellen, die Kaufkraft stagniert, wenn sie nicht gar zurückgeht. Die Armut wächst, die Sozialversicherung ist bedroht und die Steuern steigen unaufhaltsam. Die Ungleichheit wird größer, Fortschritt ist nicht in Sicht, die Zukunft scheint ohne Sinn.

Ewig heißt es, den Gürtel enger schnallen, ewig mehr Arbeitslosigkeit, mehr Not, größere Ungleichheiten, Marginalisierung von Bevölkerungsteilen. Das soziale Netz und der öffentliche Dienst werden in Frage gestellt. Man weigert sich, die Proteste und die Forderungen der Öffentlichkeit wahrzunehmen. Die Gesellschaft wird unmenschlicher. Und es ist Frankreich selbst, das in seinen Errungenschaften, seinen Stärken und seiner Autorität angegriffen wird. Zur Bilanz gehören aber auch die wachsende Unzufriedenheit und die aufeinanderfolgenden sozialen Protestbewegungen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Der Ultraliberalismus wird zunehmend angefochten. Nach der Zukunft unserer Gesellschaft wird immer häufiger gefragt. Die Forderung nach Bürgerrechten und dem Respekt vor den

Werten der Solidarität gewinnt an Kraft. ...«

Die Maßnahmen:

»Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist nicht nur eine politische Pflicht: es ist die Voraussetzung für das Überleben unserer Demokratie. Neben der Ankurbelung des Verbrauchs halten wir es für notwendig, eine zusammenhängende Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen, darunter 700 000 Arbeitsplätze für Jugendliche, in Angriff zu nehmen.

Wir schlagen vor, zu Beginn der Legislaturperiode nach Beratung mit den Tarifparteien ein Rahmengesetz zu verabschieden, das die monatliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden senkt.

Wir wollen eine Steuerreform, die das Geld in die Beschäftigung, die Produktion und die Dienstleistungen, die Forschung, die Bildung und Ausbildung lenkt sowie dem Staat und den öffentlichen Händen die Mittel gibt, Arbeitsplätze zu schaffen, die der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung dienen. In diesem Sinne soll eine Kreditreform dazu beitragen, die finanzielle Belastung des Faktors Arbeit insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu verringern.

Zu einem Zeitpunkt, an dem zahlreiche Jugendliche über mangelhaft abgesicherte Stationen ins Berufsleben eintreten, halten wir eine Politik für notwendig, die Maßnahmen zur Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ergreift, insbesondere durch Zugang zu qualifizierender Ausbildung und einem sicheren Arbeitsplatz, um das Gefühl der Unsicherheit zu bekämpfen.

Wir bekräftigen unsere Entschiedenheit, den öffentlichen Dienst zu verteidigen und ihn – erneuert und demokratisiert – zu fördern. Die Rechte

betreibt seinen Ausverkauf. Sie privatisiert und dereguliert. Wir verpflichten uns, einer anderen Orientierung Geltung zu verschaffen. So schlagen wir zum Beispiel für France Télécom, Thomson und Air France den Stop der Privatisierung vor. ...

Wir sind gewillt, den Arbeitnehmern den Erwerb neuer Rechte zu erleichtern: Recht auf freie Meinungsäußerung, Recht auf Information über die Entscheidungen des Unternehmens und die Möglichkeit, auf diese Einfluß zu nehmen, insbesondere wenn sie die Beschäftigung betreffen; die menschliche Würde zu schützen und den gleichen Zugang zu allen sozialen Rechten zu gewährleisten: Arbeit, Wohnung, Gesundheit, soziale Sicherung...

Wir halten es für notwendig, die [nach den Ministern Pasqua und Debré benannten] Gesetze durch eine wirkliche Einwanderungspolitik zu ersetzen, dem *ius soli* wieder Geltung zu verschaffen und das Asylrecht zu gewährleisten. Wir messen der Unabhängigkeit der Justiz hohe Bedeutung zu und denken, daß die heutige Verbindung zwischen Justizministerium und Staatsanwaltschaft überdacht werden muß.

Im Herzen unseres Projekts stehen die Demokratisierung der Gesellschaft und die Ausweitung der Freiheitsrechte. Diese werden heute von zunehmenden fundamentalistischen und nationalistischen Strömungen sowie von den demagogischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen und rassistischen Thesen der extremen Rechten bedroht. Laßt uns gemeinsam mit den anderen Kräften der Linken, der Umweltbewegung und darüber hinaus mit allen Französinen und Franzosen, denen die Freiheitsrechte das höchste Gut sind, den Front National zum Scheitern bringen. ...«

räumte Rentenkasse aus Lohnsteuern wenigstens soweit wieder auf, daß die Heimkehrer ihren Frauen noch recht lange von ihren Heldentaten in sowjetischen Dörfern und Sümpfen erzählen können. »Für die Leistungen zugunsten der Kriegsoffer stehen im Haushaltsentwurf für 1998 mit 10,9 Milliarden Mark 300 Millionen Mark weniger zur Verfügung als im laufenden Jahr. Dieser nach Sozialversicherungs- und Arbeitsmarktpolitik dritte große Ausgabenblock in Blüms Etat wird seit Jahren kleiner.« (SZ, 12./13.7.97) Dazu kommen allerdings noch fast eine dreiviertel Milliarde Mark jährlich für kleinere und größere Nazi-verbrecher und -witwen: Für einen Wolfgang Lehnigk-Emden etwa, »der zusätzlich zu seiner normalen Pension vom Steuerzahler 708 Mark Opferrente im Monat erhält. Er war Soldat und wurde im Zweiten Weltkrieg verwundet – die Rente soll ein kleiner Ausgleich dafür sein, daß er sich im Dienst für das Vaterland aufgeopfert hat. Im Zuge dieser Aufopferung aber ist der Leutnant Lehnigk-Emden zum Mörder geworden: Er hat im italienischen Caiazzo 15 Frauen und Kinder umgebracht. Das Bundesversorgungsgesetz kümmert sich nicht darum. Es zahlt die Renten ohne Ansehen der Person.« 10 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter dagegen bekommen, ohne Ansehen der Person, keinen Pfennig Rente.

**»Wir haben die Probleme,
die ich gewollt habe«**

Helmut Kohl (Spiegel 41/92)

Und während die Kosten des zweiten Kriegs noch nicht abbezahlt sind, sind Kosten für einen dritten schon aufgelaufen, und wieder zahlen die Rentner ihn: Als die Deutsche Bank die DDR, ganz friedlich und ohne einen einzigen Schuß, einnahm, da stellte sich heraus, daß man die fast 4 Millionen DDR-Rentner nicht genauso unterpflügen konnte wie ihre Ernten. Nun hatten die Arbeiter in der DDR keine Rentenkasse besessen, hatten nie eine gebraucht – die DDR selber war ihre Rentenversicherung, ihr Staat stand dafür gerade, daß, wer sein Leben lang gearbeitet hat, eine anständige und sorgenfreie Rente hatte. Und so hat Bonn 4 Millionen DDR-Rentner zu unseren Rentenkassen geschickt, in die die natürlich nie einen Pfennig einbezahlt haben – einen schönen Gruß von Herrn Blüm sollen sie bestellen und wir sollen es untereinander ausraufen. Viel ist es nicht, worum wir uns noch raufen können – der Herr Professor Schmähl, nicht irgendwer, sondern Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung, rechnet vor: »Wer nach 40 Jahren Arbeit in den Ruhestand geht, wird nach dem Koalitionskonzept (das Blüm soeben vorgelegt hat) gerade mal 46 Prozent des Nettolohnniveaus erreichen. Der Sozialhilfesatz liegt bei etwa 40 Prozent.« Und: »Schon heute liegt die durchschnitt-

Vom schrecklichen Luxus, ein Pflegefall zu sein

Weißt du, was eine Schnabellasse ist? Damit flößt man Menschen, die den Kopf aus eigener Kraft nicht mehr heben können, Suppe ein. Wenn man es zu eilig hat, dann läuft das meiste bei den Mundwinkeln wieder raus. Weißt du, was eine Bettpfanne ist? Hast du einen Pflegefall schon mal aus der Nähe gesehen? Hast du schon mal gerochen, wie das riecht, wenn eine solche Kreatur einen ganzen Tag lang in ihren vollgeschissenen Windeln wundliegt, weil keiner da ist, der sie wechselt? Die Schnabellassè, die Windel, die Zimmerdecke, ein paar freundliche Erinnerungen, bevor wieder die Schlaftablette wirkt: die Welt wird klein für einen Pflegefall. 13000 Menschen nehmen sich pro Jahr das Leben, immer mehr von ihnen sind ältere Menschen. Lieber tot als ein Pflegefall. Dabei geht es den rund drei Millionen Pflegefällen noch viel zu gut, findet unsere Regierung. Präzise um 8 Milliarden geht es denen zu gut, denn so hoch war der Überschuß der Pflegeversicherung in diesem Jahr. 8 Milliarden, die nicht für Schnabellassen und Schlaftabletten ausgegeben wurden, oder sonst für irgendetwas, was das Leben eines Pflegefalles ein bißchen zum Leben machen würde, und nicht bloß zum Warten darauf, daß endlich Schluß ist mit einem. 8 Milliarden überschüssige Pflegegelder, mit denen Herr Waigel seine Haushaltslöcher stopft und den Reichen die Schnäbel vergoldet. 8 Milliarden Überschuß in einer Pflegeversicherung, in der jeder Pfennig einzig und allein von Arbeitern eingezahlt ist. Die Arbeitgeber haben jedenfalls ihren Schnitt schon mehr als einmal gemacht: der Buß- und Betttag, den wir für die Pflegeversicherung drangegeben haben, macht sehr viel mehr aus, als es rechnerisch dem »Arbeitgeberanteil« entspricht. Wer heute noch nicht aus der Schnabellasse trinkt, tröstet sich vielleicht damit, daß das letzte Hemd eh keine Taschen hat, für den Reichen nicht und nicht für den Armen. Ein schwacher Trost, wenn das vorletzte Hemd eine Windel ist. Die keiner wechselt.

liche Altersrente für westdeutsche Frauen bei nur 781 Mark.« (Spiegel 17/97) Anders gerechnet: Das, was eine Frau für ein ganzes Leben Arbeiten und Kindergrösziehen bekommt, ist genau 73 Mark mehr als die Zusatzrente, die der Leutnant Lehnigk-Emden für das Totschießen von Frauen und Kindern bekommt.

Das ist die Wirklichkeit: Den Krieg, den wir nicht verhindern, den bezahlen wir – unter anderem mit unseren Renten. Deshalb ist kein Geld in den Rentenkassen.

Was ich von meiner Heimat wissen sollte: Daß ihre deutsche Mark so kraftvoll ist wie Hammelburg, so sicher wie mein Arbeitsplatz, wie Rente, Miete und Preise, und daß nicht meine Banken und Bosse sie zerstören (sondern immer nur die anderen mit ihrem schwachen Euro).

Das würde nicht stimmen?

Aber dann kann nur das stimmen:

Die Arbeiterkassen wieder in Arbeiterhand!

Aufhebung aller Gesetzesnovellierungen im Gesundheitswesen seit 1982!

Den französischen Weg gehen.

Weil es niemanden gibt, der für Millionen Arbeiter als Arbeiter handelt, weil da keiner ist, der Halt! schreit,

weil wir uns um uns selber kümmern müssen:

Klassenkampf und nicht nur Wahlkampf

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (August 1997) · Druck + Verlag: Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 80339 München

**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG**